

## WestLB zahlt NRW keine Dividende

**Düsseldorf.** Bei der ersten Gewinnausschüttung der WestLB seit fünf Jahren wird das Land Nordrhein-Westfalen leer ausgehen. Seine SPD-Vorgänger hätten den Sparkassenverbänden bei der WestLB-Kapitalaufstockung im Jahr 2004 eine Vorzugsdividende eingeräumt, sagte NRW-Finanzminister Helmut Linssen (CDU) am Freitag. Das Land werde deshalb erst von der besseren Lage bei der WestLB profitieren, wenn die Ausschüttung hoch genug sei, um alle Aktien zu bedienen. Die WestLB AG plant für das Geschäftsjahr 2006 eine Dividende. Die Kapitalerhöhung 2004 bei der Bank war allein von den Sparkassenverbänden Rheinland und Westfalen gestemmt worden. dpa

## Douglas erwägt Pohland-Verkauf

**Düsseldorf.** Der Handelskonzern Douglas erwägt den Verkauf seiner Herrenmodekette Pohland. „Wir beobachten die Entwicklung sehr genau und werden zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden, ob Pohland ein Geschäftsmodell mit Zukunftspotenzial für die Douglas-Gruppe ist“, sagte Konzernchef Henning Kreke dem Wirtschaftsmagazin „Euro am Sonntag“. Pohland habe die angestrebten Umsatzziele bisher nicht erreicht. Im Weihnachtswinter lag der Umsatz der elf Herrenmodehäuser mit 17 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. rtr

## Allianz-Chef bekam 5,3 Millionen Euro

**München.** Mit 5,3 Millionen Euro hat Allianz-Vorstandschef Michael Diekmann 2006 sechs Prozent mehr verdient als 2005. Der gesamte elfköpfige Vorstand des Finanzkonzerns bekam gut 41 Millionen Euro – elf Prozent mehr als 2005. Die Allianz verdiente so viel wie noch nie in seiner Unternehmensgeschichte: Gut sieben Milliarden Euro waren es 2006 unter dem Strich, was einem Anstieg von 60 Prozent entspricht. Dennoch stand der Vorstand in der Kritik, weil er bei den inländischen Versicherern 5700 Stellen und bei der Tochter Dresdner Bank erneut 2500 Stellen streicht. rtr

# Häfen in NRW funken SOS

Betreiber befürchten Millionen-Kosten, sollten Sicherheitsrichtlinien der EU umgesetzt werden. Kritik an die Landesregierung

Von Michael Muscheid

**Gelsenkirchen.** Die Hafenbetreiber in NRW funken SOS. Sie befürchten Millionenkosten, wenn Mitte Juni die „Hafensicherheitsrichtlinie“ der Europäischen Union in nationales Gesetz umgewandelt wird. Betroffen wären vor allem die Häfen im Ruhrgebiet.

Der Kern des Gesetzes, das nun im Landeskabinett verabschiedet wurde: Häfen, die auch von Seeschiffen angelassen werden, müssen ihre Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor Terroranschlägen verstärken. Was beim Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen sauer aufstößt, ist der „Alleingang“ in NRW: Während andere Länder die Sicherung ihrer Häfen in die Verantwortung der zuständigen Landesbehörden legen, wolle Düsseldorf die Hafenbetreiber in die Pflicht nehmen, kritisiert der Verbands-Geschäftsführer Karl Michael Probst. Und wälze so die Kosten für den Terrorerschutz auf sie ab.

16 Häfen, so der Verband, werden in NRW von Seeschiffen angefahren, an 71 Anlagen wird die Ladung gelöscht. Tendenz steigend, denn im Land mit der höchsten Hafendichte stoßen die Seeschiffe längst auch an die Kais der Kanalhäfen vor. Allein im Ruhrgebiet liegen über 50 dieser Anlagen. Dort, wo Seeschiffe ankern, sind Sicherungsmaßnahmen

wie der Einsatz von Wachdiensten bereits Pflicht, die EU-Richtlinie verlangt nun aber ein Schutzsystem für den gesamten Hafen. Die Pläne der Landesregierung: Die Bezirksregierung soll zunächst die Risiken für jeden betroffenen Hafen festlegen, dann soll der Hafenbetreiber einen „Gefahrenabwehrplan“ aufstellen – und umsetzen. Das, begründet eine Sprecherin im Verkehrsministerium, könnten die Betreiber besser als eine übergeordnete staatliche Institution.

**„Sonst müssen wir die Planungen für den Hafen überdenken“**

Sie rechnet nicht mit größeren Baumaßnahmen in den Häfen. Meist reichen „organisatorische Maßnahmen“.

Das sehen die Hafenbetreiber anders. Siehe Duisburg, bedeutender Umschlagplatz für Seeschiffe: Das Gelände, sagt Verbandschef Probst, sei kaum zu sichern, kreuzten doch dort Straßen und Bahngleise – öffentliche, wohlgebet. Doch auch die kleinen Häfen wollen die Pläne aus dem Wittke-Ministerium am liebsten gleich wieder versenken. „Wir schwimmen“, sagt etwa Günther Friedrich, Geschäftsführer des Gelsenkirchener Hafenbetreibers Gelsen-Log. Gerade mal ein Anrainer erhalte Besuch eines Seeschif-

fes, und allein für ihn müsste die städtische Tochter ein Anti-Terror-Paket aufstellen. Dass dies nicht klein ausfallen dürfte, weiß er: In seinem Hafen zu Hause ist auch der Öl-multi BP – mit dem größten Tanklager in Deutschland.

Die Kosten für Zäune, Wachdienste und Videoüberwachung, sagt Friedrich, seien kaum zu schultern, außerdem fürchtet er, dass potenzielle Mieter abgeschreckt werden. Auch deshalb, weil sie für die Sicherheitsmaßnahmen dem Hafenbetreiber Einblick geben müssten in ihre Firmennetze. Das sieht Verbandschef Probst ebenso: Statt, wie angekündigt, die Häfen zu stärken und den Verkehr von der Straße auf die Schiene und das Wasser zu verlegen, fördere Düsseldorf so die Ansiedlung von Unternehmen „auf der grünen Wiese“. Für Gelsenkirchen bedeute das: Werde die EU-Richtlinie wie geplant umgesetzt, so Gelsen-Log-Chef Friedrich, „müssen wir die gesamten Planungen für den Hafen überdenken“.

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen überlegt nun, das Wittke-Modell, das nach Ostern im Landtag diskutiert wird, mit einer Verbandsklage zu kippen. Er meldet verfassungsrechtliche Bedenken an. Eine Hafengesellschaft, so der Geschäftsführer, könne keine Gefahrenabwehrpläne aufstellen.



Auch der Duisburger Hafen wäre von der neuen Sicherheitsrichtlinie direkt betroffen. Foto: WAZ, Andreas Mangen

## 100 Mio Tonnen Güter

Der Duisburger Hafen ist der weltgrößte Binnenhafen mit 1350 Hektar Grundfläche. Er hat 21 Becken, vier Containerterminals mit neun Containerbrücken und 122 Krananlagen für bis zu 50 Tonnen Traglast. Der Umsatz betrug 2005 rund 58,2 Millionen Euro, insgesamt wurden etwa 100 Millionen Tonnen Güter per Schiff, Bahn und Lkw umgeschlagen (inklusive der privaten Werkschiffe von Thyssen-Krupp, HKM u.a.).

## Lautstarker Protest



**Zehntausende Beschäftigte** haben am Freitag in mehreren europäischen Ländern gegen den geplanten Stellenabbau des Flugzeugkonzerns Airbus demonstriert. Vor der Firmenzentrale in Toulouse-Blagnac kamen etwa 7000 Menschen zusammen, allein in Hamburg waren es nach Gewerkschaftsangaben 20 000. Foto: afp

••• online Diskussion: Wie kann Airbus aus der Krise kommen? waz.de/direkt

## Karstadt nimmt 27 eigene Häuser ins Visier

Spekulationen über eine mögliche Trennung

**Essen.** Karstadt-Quelle ist mit 27 seiner 90 Warenhäuser unzufrieden und will die Ergebnisse dort kräftig voranbringen. „Dies ist eine Liste von Häusern, wo wir die Umsätze steigern wollen, um ihnen eine Zukunft zu geben“, sagte Konzernsprecher Jörg Howe am Freitag zu Spekulationen über die mögliche Trennung von Filialen. „Diese Liste ist keine Schließungs- oder Verkaufsliste. Von Dichtmachen kann keine Rede sein“, sagte Howe. Karstadt versuche „möglichst alle“ Häuser „durchs Ziel zu bringen“, sagte Howe. Er fügte allerdings hinzu: „Ein Haus, das langfristig rote Zahlen schreibt, hat keine Zukunft.“

## Schon einmal verkauft

Zu den so genannten Projektfilialen sollen die Karstadt-Häuser in Hamburg-Harburg, Bayreuth, Magdeburg und Siegen zählen. Mit künftig acht bis zehn Warenhäusern in der Sparte „Premium“ und noch 82 Häusern unter der Dachmarke „Karstadt“ sowie 32 Sporthäusern will der Essener Handelskonzern in den jeweiligen Regionen eine führende Position einnehmen. In das gesamte Warenhausgeschäft will Karstadt-Quelle in den nächsten zwei Jahren 470 Millionen Euro investieren.

Karstadt hatte bereits einmal 74 Warenhäuser an die britischen Finanzinvestoren Hilco und Dawnay Day abgegeben. Die Filialen firmieren nun unter dem Namen Hertie.

## Mobilfunkfirmen siegen vor Gericht

**Hannover.** Die deutschen Mobilfunknetzbetreiber haben sich vor Gericht vorerst erfolgreich gegen eine von der Bundesnetzagentur angeordnete Gebührensenkung gewehrt. Das Verwaltungsgericht Köln habe einer Klage von T-Mobile, Vodafone, O2 und E-Plus stattgegeben, so die Bundesnetzagentur am Freitag. Dabei ging es um Entgelte für die Weiterleitung von Gesprächen aus anderen Netzen. rtr

## HINTER DEN KULISSEN DER BÖRSE

### Pessimisten geben den Ton an

Es war nur ein Durchatmen in der vergangenen Woche. Vor allem die Probleme auf dem Markt für private Wohnungskredite in den USA haben auch die Börse in Frankfurt in den Tagen danach wieder nach unten gezogen. Der Deutsche Aktienindex Dax liegt wieder unter 6600 Punkten und damit unter dem Niveau vom Jahresende 2006. Die Optimisten sind rar, die Skeptiker geben den Ton an. Mit schönen Kursgewinnen in den nächsten Wochen dürfte es nichts werden.

Auch bislang eher zuversichtliche Volkswirte wie Jörg Krämer, Chef-Ökonom der Commerzbank, rechnen jetzt doch mit einer länger währenden schwierigen Börsenphase. „Die aktuelle Korrektur ist wohl doch nicht nach drei Wochen beendet.“ Grund: Die Unternehmensgewinne in den USA sprudeln nicht mehr so wie erhofft. Trotzdem allerdings erwartet Krämer keinen längeren Abwärtstrend – weder in den USA noch in Europa.

Deutsche Vermögensverwalter sind skeptischer. „Die nächste Welle kann

den Dax auf unter 6000 Punkte drücken“, fürchtet Markus Korfmacher von Capitell Vermögensmanagement in Frankfurt. Kollege Jens Ehrhardt rät zum Verkauf spekulativer Papiere, zumindest aber zur Absicherung. Aktienkäufe jedenfalls sind für renommierte Vermögensverwalter derzeit kaum ein Thema. Dabei verweisen sie gerne auch auf die Macht der 9000 Hedge Fonds, die mit geschätzten 1,5 Billionen Dollar auch an der Börse beträchtliches bewegen können. Den Hedge Fonds trauen die Experten derzeit nicht über den Weg.

### Wenige Mutmacher

Bei aller Skepsis gibt es auch Stimmen, die irgendwie Mut machen (wollen). „Bei unter 6000 Punkten ergäben sich Kaufgelegenheiten“, sagt Vermögensverwalter Korfmacher. „Die gute Nachricht ist, dass die Hausse dann weitergeht.“ Einmal ganz abgesehen von den Experten der DZ Bank. Sie halten unbeirrt an ihre Prognose fest: 7300 Punkte im Dax Ende des Sommers, 7500 in einem Jahr.

**Jetzt für alle. Für kleine 12,7%.**

Die Knappschaft – eine Krankenkasse, die sich kümmert.  
Jetzt für alle geöffnet. Öffnen Sie sich neuen Möglichkeiten unter 08000200501 (gebührenfrei) oder [www.knappschaft.de](http://www.knappschaft.de).

**KNAPPSCHAFT**  
SICHER BESSER LEBEN